

## Bereithalten für den Tag X

Herausforderer Joe Biden liegt klar vorn, aber US-Präsident Donald Trump droht bereits, auch bei einer Niederlage das Feld nicht zu räumen | Von Henning Hoff



Bundesstaaten-Gouverneure oder am Ende sogar der Oberste Gerichtshof eingreifen – für einen solchen Ausgang stehen die Chancen wohl bei 50 Prozent. Das ist viel und muss jeden beunruhigen, der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, ja die westliche Welt, wie wir sie kennen, nicht untergehen sehen will. Denn bei einer zweiten Trump-Amtszeit würde beispielsweise von der Nato nicht viel übrigbleiben.

Trump hat kein Regierungsprogramm; er hatte schon vor vier Jahren keines. Er bietet nur sich selbst an: Trump, den angeblichen Milliardär mit den vermeintlich starken Sprüchen; Trump, den Tabubrecher und Scharfmacher gegen „die da oben“ beziehungsweise „die liberale Elite“, der in der Debatte mit Biden nicht davor zurückscheute, einer rassistischen Bürgerwehr das Kommando zu erteilen, „sich bereit zu halten“ für den Tag X. Trump will keine neuen Wähler hinzugewinnen, allenfalls seine ihm treu ergebene Basis motivieren, zugleich die Wähler der Demokraten demotivieren oder schlicht daran hindern, an der Wahl teilzunehmen.

Dass Trump sich bislang weigerte zu erklären, eine Wahlniederlage, so sie denn käme, anzuerkennen, ist Teil der Strategie. Schon bei seinem Sieg 2016 sprach Trump unentwegt, ja geradezu zwanghaft von Wahlfälschung. Dass Clinton drei Millionen Stimmen mehr für sich gewinnen konnte als er, das war in der Trumpschen Vorstellungswelt nicht hinnehmbar. Auch im Vorlauf der 2020er-Wahl hat Trump bislang alles in seiner Macht Stehende getan, einschließlich der

versuchten Sabotage der US-Post, um einer Flut der Anfechtungen und Anschuldigungen den Boden zu bereiten.

Gewisse Eigenheiten einer US-Präsidentschaftswahl könnten Trump dabei in die Hände spielen. Da Anhänger der Demokraten viel stärker von der Briefwahl Gebrauch machen als die der Republikaner, kommt es meist erst am frühen Morgen zur *blue wave*, zur (nach der Parteifarbe der Demokraten benannten) blauen Welle der Briefwahlstimmen, die oft später ausgezählt werden als die am Wahltag abgegebenen. In solchen Situationen könnte sich Trump schon früh in der Nacht in diesem oder jenem Bundesstaat zum Sieger erklären und die Rechtmäßigkeit der später addierten Briefwahlstimmen anzweifeln. Und viele weitere Wege wären denkbar, wie Trump eine *contested election* herbeireden könnte, in der sich die gesplante US-Nation noch unversöhnlicher gegenüberstünde und der Amtsinhaber am Ende aufgrund einer Formsache zum Sieger erklärt werden würde.

Und wenn Trump verlieren würde, wäre das längst nicht sein Ende. Schon 2016 ging es neben kostenloser Werbung für seine

offenbar kurz vor dem Bankrott stehendes Trump-Universum aus Hotels, Spielkasinos und Golfplätzen eigentlich darum, knapp zu verlieren und dann seine aktuell 84,6 Millionen zählende Twitter-Gefolgschaft zu Geld machen. Der im Mai 2017 verstorbene Roger Ailes, einstiger republikanischer Präsidentenberater und 20 Jahre lang dunkles TV-Genie hinter dem rechtslastigen US-Nachrichtensender Fox News, hatte mit Trump schon Pläne für einen zu gründenden Trump-News-Kanal geschmiedet.

So würde auch ein Biden unterlegener Trump weitermachen: Wie das Geschäftsmodell von Facebook besteht das von Trump im Erzeugen eines Sogs der permanenten Wortmeldung, der unentwegten Verbindung mit den „Followern“, angetrieben von Hass und Empörung. Trump-„Nachrichten“, Trump-Wahlkampfveranstaltung im ganzen Land, Trump-Initiativen, die einem Präsidenten Biden das Leben schwer machen würden – darauf dürfte sich Amerika und der Rest der Welt einzustellen haben. Denn Trump braucht nicht nur ständige Aufmerksamkeit, sondern seiner von der *New York Times* veröffentlichten Steuererklärungen zufolge in kurzer Zeit dreistellige Millionenbeträge, um seine vielen Schulden zu begleichen.

Von der Republikanischen Partei ist wenig Gegenwehr zu erwarten. Der weitgehend virtuell abgehaltene Nominierungsparteitag, bei dem praktisch nur die Trump-Familie zu Wort kam, zeigt an, wohin die Reise geht: zu einem Personenkult, der der amerikanischen Demokratie bisher fremd war. Nein, Donald Trump wird nicht den Mund halten, was immer auch am und nach dem 3. November geschieht. Leider.

**DR. HENNING HOFF**  
ist Editor-at-Large von *Internationale Politik* und Executive Editor deren englischsprachiger Ausgabe, *Berlin Policy Journal*, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Er ist Mit-Gründer des Verlags WELTKIOSK.

„Would you shut up, man!“ Wohl mit keinem anderen Satz hat US-Präsidentschaftskandidat Joe Biden beim ersten TV-Duell gegen Amtsinhaber Donald Trump einer überlegenen Mehrheit der Menschheit – und wohl auch einer Mehrheit von Amerikanerinnen und Amerikanern – aus dem Herzen gesprochen als mit der Aufforderung an seinen Kontrahenten, doch endlich mal die Mund zu halten. Doch genau das ist das Problem. Trump, auch wenn er sich nun mit dem Coronavirus infiziert hat, wird den Mund nicht halten. Er wird es selbst dann nicht tun, wenn er am 3. November klar abgewählt werden würde.

Einen Monat vor der Wahl, die für die USA und den Rest der Welt gleichermaßen schicksalhaft erscheint, liegt Biden laut Umfragen klar vor Trump, und das über Wochen ungleich konstanter, als es vor vier

Jahren bei Hillary Clinton der Fall war. Dass Biden die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten wird, dafür stehen die Chancen wohl bei annähernd 100 Prozent.

Was eine Mehrheit im ausschlaggebenden „Wahlmännergremium“ angeht, so sieht es damit schon etwas anders aus. Sollte Biden die *rust belt*-Staaten des Mittleren Westens zurückgewinnen, die Clinton 2016 denkbar knapp an Trump verlor, könnte Barack Obamas früherer Vizepräsident durchatmen. Dann wäre der Weg frei zu einer deutlichen Mehrheit im *electoral college*, die seinen Wahlsieg unumstritten machen würde. Die Chancen, dass es so kommt, stehen ganz gut, sagen wir: 75 Prozent.

Worauf Trump aber mit aller Macht zusteuert, nämlich auf einen umstrittenen, unklaren, womöglich chaotischen Wahlausgang, in den der dem Präsidenten ergebene Justizminister William Barr, die

## Kaukasische Krisenkreise

Wieder liefern sich die Streitkräfte Armeniens und Aserbaidschans Gefechte. Wie gefährlich ist die Eskalation im Südkaukasus? | Von Silvia Stöber

Am späten Donnerstagabend packte Lara Aharonian einen Notfallkoffer und stellte ihn an ihre Wohnungstür. Sie hatte als Kind den Krieg im Libanon erlebt, bevor sie Jahre später nach Jerewan zog. Die Hauptstadt Armeniens liegt mehr als 200 Kilometer westlich der Frontlinie, wo sich armenische Truppen Gefechte mit dem Gegner Aserbaidschan liefern. Aharonian fühlte sich an ihre Kindheit erinnert, weil nordöstlich von Jerewan Lichtpunkte den Nachthimmel erleuchteten. Die Streitkräfte hätten die Flugabwehr eingesetzt, um Drohnen aus Aserbaidschan zu zerstören, erklärte die Regierung dazu.

Es ist ein weiterer Schritt der Eskalation zwischen Armenien und Aserbaidschan. Die militärischen Operationen hatten am Morgen des 27. September in einem Ausmaß und einer Dynamik begonnen, wie es sie seit Vereinbarung eines Waffenstillstandes 1994 nicht gegeben hat. In den Jahren seitdem war es immer wieder zu Schießereien und Gefechten gekommen. 2016 nahm Aserbaidschan bei viertägigen Auseinandersetzungen Territorium ein. Zuletzt gab es im Juli Gefechte nordöstlich des eigentlichen Konfliktgebietes Bergkarabach.

Diesmal finden die Kämpfe entlang der gesamten Frontlinie von Bergkarabach und darüber hinaus statt. Neben Panzern, Artillerie, Kampfjets und Drohnen kommen inzwischen auch Kampfjets zum Einsatz. Beide Staaten riefen das

Kriegsrecht aus und mobilisierten Reservisten. Sie beklagen zivile Opfer beim Beschuss von Dörfern.

Einen Aufruf der Präsidenten der USA, Frankreichs und Russlands zum Stopp der Kämpfe lehnte Aserbaidschan umgehend ab. Präsident Ilham Alijew zeigt bislang keine Verhandlungsbereitschaft. Seit Jahren lässt er keinen Zweifel daran, dass seine Truppen Bergkarabach und benachbarte Gebiete zurückerobern würden, sobald sie dazu in der Lage seien. Schließlich gehöre das Territorium völkerrechtlich zu Aserbaidschan.

Armenien hatte im Krieg Anfang der 1990er-Jahre mit russischer Unterstützung Bergkarabach erobert, das überwiegend von Armeniern bewohnt wird. Darüber hinaus hatten armenische Truppen sieben angrenzende Gebiete eingenommen, aus denen etwa 600.000 Aserbaidschaner fliehen mussten. Armenien begründet die Besetzung dieser Gebiete damit, dass Bergkarabach nur so geschützt werden könne. Allerdings siedelten sich in den vergangenen Jahren auch dort Armenier an. Inzwischen ist eine dritte Verbindungsstraße nach Bergkarabach in Planung. Zuletzt provozierte die Führung in Bergkarabach Aserbaidschan mit der Ankündigung, das Parlament in die Stadt Schuschi zu verlegen, die vor dem Krieg aserbaidschanisch war.

Während die Armenier Tatsachen schufen, kamen die Vermittlungsbemühungen Russlands, der USA und Frankreichs nicht

voran. Die drei Länder führen die „Minsk-Gruppe“ im Rahmen der OSZE an, die seit 1994 einen dauerhaften Frieden aushandeln soll. Doch bisher scheiterte jeder Kompromissvorschlag am Widerstand der Bevölkerungen in Armenien und Aserbaidschan, die den hinter verschlossenen ausgehandelten Vereinbarungen nicht trauten. Hinzu kommt, dass die Führungen beider Staaten in den vergangenen 30 Jahren den Konflikt auch immer wieder dazu nutzten, um von innenpolitischen Problemen wie jetzt in der Coronakrise abzulenken.

In der Konsequenz erklärte Alijew kürzlich die Verhandlungen für gescheitert und erhält dabei Unterstützung von der Türkei. Präsident Recep Tayyip Erdogan unterstützt den turksprachigen „Bruderstaat“ offen gegen Armenien und nimmt dabei immer weniger Rücksicht auf die sicherheitsstrategischen Ansprüche Russlands, das den Südkaukasus als seine vorgelagerte

Sicherheitszone reklamiert und Schutzmacht Armeniens ist.

Die Führung in Jerewan wirft der Türkei umfangreiche militärische Unterstützung für Aserbaidschan vor. Den Sommer über hatten türkische Streitkräfte an Militärübungen dort teilgenommen, für die auch F-26-Kampfjets nach Baku gebracht worden waren. Diese seien auch jetzt im Einsatz, behauptet Armenien. Ebenso soll die türkische Luftwaffe die Führung bei Einsätzen im Luftraum über Bergkarabach übernommen haben und deren Piloten Drohnen türkischer Herkunft steuern. Die Türkei und Aserbaidschan dementieren dies.

Immer mehr Belege finden sich indes dafür, dass eine türkische Sicherheitsfirma in Syrien Kämpfer angeheuert hat, um sie nach Aserbaidschan zu bringen. Sowohl Frankreichs Präsident Emmanuel Macron als auch das russische Außenministerium sprachen dies inzwischen an. Die Regierung in Moskau zeigte sich „zutiefst besorgt“ und forderte den Rückzug „ausländischer Terroristen und Söldner“, ohne allerdings die Türkei direkt anzusprechen.

Für Russland ist das Engagement der Türkei aufseiten Aserbaidschans problematisch. Zwischen Moskau und Jerewan gibt es mehrere Sicherheitsabkommen. So vereinbarten beide Seiten im Jahr 2010 den Verbleib eines russischen Militärstandorts in Armenien bis 2044 im Gegenzug für Sicherheitsgarantien und die Lieferung

**SILVIA STÖBER**  
ist Expertin für Osteuropa- und insbesondere für den Südkaukasus. Sie arbeitet als freie Autorin für Sender in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Seit 2006 ist Stöber freie Redakteurin bei der ARD-Tagesschau für Fact-Finding und investigativen Recherchen.

## DIREKT-NACHRICHT



**ANNE WIZOREK**

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadea.

## Taking Care

Haben wir wirklich schon Oktober oder befinden wir uns nicht vielmehr im andauernden März 2020? Corona hat unser Zeitempfinden auf jeden Fall nachhaltig beeinflusst. Die Parallelität von Zeit, die wie zähflüssiger Honig vor sich hin tropft und Zeit, die wie ein reißen Gebirgsbach dahinhrauscht, ist nur schwer zu ertragen. Gleichzeitig gewöhnen wir uns an diesen Zustand neuer Normalität – weil wir müssen, aber auch, weil wir weitaus resilienter sind, als wir denken.

Trotzdem hat diese Resilienz ihre Grenzen, wenn keine oder zu wenige Möglichkeiten bestehen, um überhaupt neue Kraft zu schöpfen. Wir betreiben derzeit Raubbau an den psychischen wie physischen Ressourcen, die uns in der Zukunft fehlen werden. Oft tun sie das auch schon längst. Gerade junge Mütter können ein Lied davon singen, bei dem sie vor Erschöpfung einschlafen. Generell sind insbesondere Frauen in der Krise mal wieder gezwungen worden, die gravierenden Mängel unseres Gesellschaftssystems mit Händen und Füßen auszugleichen und jene Care-Arbeit zu erledigen, ohne die unsere Gesellschaft schlicht am Ende wäre.

In einem Positionspapier, das mehrere sozial- und gesundheitswissenschaftliche Expert:innen im August mit konkreten Lösungen zur Care-Krise veröffentlichten, heißt es dazu: „In der noch andauernden Pandemie wird immer mehr deutlich, dass zum Menschsein nicht nur der Wunsch nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit gehört, sondern auch Verletzlichkeit und Angewiesenheit. Menschen können – in jedem Alter – ohne Care nicht (über-)leben.“

Das unerbittliche Hamsterrad der sogenannten Leistungsgesellschaft wird niemals die Lösung, sondern immer das Problem sein. Gerade in einer nie dagewesenen Krisensituation wie Corona sie darstellt, müssen wir uns erst recht darauf besinnen, dass unser Leben sprichwörtlich von der (bezahlten wie unbezahlten) Fürsorge, Erziehung, Pflege und Unterstützung für uns selbst und für einander abhängt. Es ist daher absolut überfällig, unsere Gesellschaft entlang dieser Bedürfnisse zu denken und auszurichten.

Häufig wird auf „nach Corona“ verwiesen, um solche Veränderungen anzugehen. Dabei kann niemand sagen, wann das sein wird, geschweige denn garantieren, dass die Änderungen erfolgen. Die gute Nachricht ist: Auch der ewige März wird irgendwann vorbei sein. Damit wir es bis dahin – und darüber hinaus – gut schaffen, müssen die Weichen aber bereits jetzt gestellt werden.

**DER HAUPTSTADTBRIEF.** Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: [www.derhauptstadtbrief.de/newsletter](http://www.derhauptstadtbrief.de/newsletter)